

Germany-Bremen: Architectural, engineering and planning services

OJ S 66/2023 03/04/2023

Contract notice

Services

Legal Basis:

Directive 2014/24/EU

Section I: Contracting authority

I.1. Name and addresses

Official name: BG Kliniken - Klinikverbund der gesetzlichen Unfallversicherung gGmbH

Postal address: BG Ambulanz Bremen

Town: Bremen

NUTS code: DE501 Bremen, Kreisfreie Stadt

Postal code: 28199

Country: Germany

Contact person: Marcus Hallerberg

E-mail: marcus.hallerberg@bga-bremen.de

Telephone: +49 421-598606421

Internet address(es):

Main address: <https://www.bg-kliniken.de/ambulanz-bremen/>

I.3. Communication

The procurement documents are available for unrestricted and full direct access, free of charge, at: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4YHH6L1H/documents>

Additional information can be obtained from the abovementioned address

Tenders or requests to participate must be submitted electronically via: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4YHH6L1H>

I.4. Type of the contracting authority

Other type: Klinik der gesetzlichen Unfallversicherung

I.5. Main activity

Health

Section II: Object

II.1. Scope of the procurement

II.1.1. Title

BGA Bremen, Dachaufstockung Haus A, Vergabe Planung Elektro

Reference number: 6-23 (200)

II.1.2. Main CPV code

71240000 Architectural, engineering and planning services

II.1.3. Type of contract

Services

II.1.4. Short description

Die BG Ambulanz Bremen plant die Erweiterung des Bauteils D auf Haus A, Industriestr. 3, 28199 Bremen. Durch die Aufstockung des Bestandsgebäudes werden zusätzliche Nutzflächen geschaffen. Das neue Vollgeschoss soll mit Diensträumen ausgestattet werden, um das gesamte psychotherapeutische Team einschließlich der Neuropsychologie für die Diagnostik und die Therapie an einem Ort zusammenzufassen. Im Rahmen der Bedarfsplanung wurden die Ergebnisse in einer baulich- funktionalen Machbarkeitsstudie validiert und hinsichtlich ihrer Umsetzbarkeit durch das Büro Mehrwert Architektur & Management GmbH, Lübeck untersucht. Die Ergebnisse werden den zur Abgabe von Angeboten aufgeforderten Büros zur Verfügung gestellt.

Gesamtflächenbedarf gem. Raumprogramm ca. 250 qm NUF, Kostenrahmen (KG 300+400 gem. DIN 276): 1,25

Mio. Euro, brutto, ohne KG 473; Technische Gebäudeausrüstung, Leistungsphasen 1 - 9 nach § 55 der HOAI 2021, Anlagengruppen 4, 5 und 8 (Starkstromanlagen KG 440, Fernmelde- und Informationstechnische Anlagen KG 450, Gebäudeautomation KG 480, DIN 276) gem. § 53 HOAI für die Aufstockung des Bauteils D von Haus A mit ca. 250 m² NUF der BG Ambulanz Bremen.

Stufe 1- Beauftragung der Leistungsphasen 1 -4, Stufe 2- Beauftragung, im Ganzen oder in Teilen der Leistungsphasen 5 - 9 nach § 55 HOAI behält sich der Auftraggeber vor.

Termine siehe auch II.2.1)

II.1.5. Estimated total value

II.1.6. Information about lots

This contract is divided into lots: no

II.2. Description

II.2.3. Place of performance

NUTS code: DE501 Bremen, Kreisfreie Stadt

Main site or place of performance: BG Ambulanz Bremen Industriestraße 3 28199 Bremen

II.2.4. Description of the procurement

Die Flächenkapazitäten des Bestandsgebäudes sind ausgeschöpft. Die Bedarfsplanung hat aufgrund steigender Leistungszahlen einen zusätzlichen Bedarf an Behandlungs- und Büroflächen ergeben. Es sollen Räume für die psychotherapeutische (psychotraumatologische) und die neuropsychologische Behandlung, für die Erweiterung der ärztlichen Unfallambulanz sowie für die Behandlung von Post-Covid-Patienten geschaffen werden. Aus diesem Grund ist eine vollgeschosige Aufstockung eines Bestandsriegels (Bauteil D) mit ca. 250 qm NUF geplant.

Hinsichtlich der technischen Infrastruktur wurde die Erweiterbarkeit bereits bei Errichtung des aufzustockenden Bauteils in der ursprünglichen Planung berücksichtigt. Ob die Auslegung der raumluftechnischen (RLT) Anlage ausreichend ist, auch die Aufstockung zu versorgen, bleibt zu prüfen. Ggf. ist eine dezentrale RLT- Anlage auf dem neuen Flachdach zu installieren. Zur Verfügung stehenden Flächen sind mit einer neu zu errichtenden PV- Anlage abzustimmen, die im Zuge der Aufstockungsmaßnahme als Teil des Projektes den Anteil erneuerbarer Energien an der Deckung des Gesamtenergiebedarfs decken soll.

Das Gebäude ist in die Gebäudklasse 5 einzuordnen, u.a wegen der Berücksichtigung von Personen mit Pflegebedürftigkeit oder Behinderung, deren Selbstrettungsfähigkeit eingeschränkt ist (§ 2(4) Nr.9 BremLBO) . Die zukünftige Gebäudehöhe (Oberkante Fertigfußboden OKFFB) wird bei ca. 11,3 m liegen. Im Rahmen der Grundlagenermittlung (LP 1 § 55 HOAI) können die Erkenntnisse der im Dez. 2022 erstellten Machbarkeitsstudie verwendet werden. Diese müssen im Zuge der Vorplanung validiert und mittels Unterstützung

der FachplanerInnen überprüft und ergänzt werden, um eine belastbare Grundlage für die hier ausgeschriebenen, weiteren Grundleistungen Leistungsphase 2 bis Leistungsphase 8 § 55 HOAI zu erhalten.

Der Auftraggeberin ist es wichtig, das Vorhaben unter Nachhaltigkeitsaspekten möglichst mit ökologischen Baumaterialien, energieeffizienter Technik und Integration regenerativer Energien zu planen und zu errichten. Die Realisierung als Holzbau soll planerisch und genehmigungsrechtlich geprüft werden. Das Ziel ist eine wärmebrückenfreie Außenhülle mit sehr guten Wärmedämmeigenschaften (Passivhausqualität) zur Gewährleistung entsprechender Behaglichkeitskriterien, die die Genesung in den Behandlungs- und Therapieräumen begünstigen sollen.

II.2.5. Award criteria

Price is not the only award criterion and all criteria are stated only in the procurement documents

II.2.6. Estimated value

II.2.7. Duration of the contract, framework agreement or dynamic purchasing system

Start: 17/07/2023 End: 17/06/2025

This contract is subject to renewal: no

II.2.9. Information about the limits on the number of candidates to be invited

Envisaged number of candidates: 3 Objective criteria for choosing the limited number of candidates:

Die Checkliste für das Eignungsverfahren, sowie die Bewertungsmatrix für das Angebotsverfahren sind den

Anlagen zu diesem VgV- Verfahren und dem Bewerber*innenbogen zu entnehmen. Die Unterlagen können

bei der unter I.3) angegeben Vergabeplattform digital, gebührenfrei abgerufen werden. Die Checkliste, welche

auch die Mindestkriterien an die Eignung enthält (Anlage 7/ Seite 10 des Bewerber*innenbogens) setzen sich

wie folgt zusammen:

Nr. 1 Erfolgte der fristgerechte Eingang der Bewerbung beim Auftraggeber?

Nr. 2 Wurde der Bewerbungsbogen an den für die Feststellung der Eignung erforderlichen Stellen vollständig ausgefüllt?

Nr. 3 Die vom Bewerber geforderte Anlagen 1-7 gem. Punkt 5 des Bewerber*innenbogens wurden beigelegt

Nr. 4 Ausreichende Berufshaftpflicht, bzw. Eigenerklärung zur Anpassung der Versicherungssumme im Auftragsfall liegt vor

Nr. 5 Einhaltung des Zeitraums der Leistungserbringung und der Mindestprojektgröße des Referenzprojektes Nr. 1 wurde eingehalten

Nr. 6 Im Falle einer Berggemeinschaft, oder

Unterauftragnehmer: Haben alle Bewerber einen vollständig ausgefüllten Bewerber*innenbogen fristgerecht

eingereicht? Und liegt die Verpflichtungserklärung bei?

Nr. 7 Der Projektleiter für das zu beauftragende Projekt erfüllt die unter Punkt 4.3 des Bewerberbogens abgefragten Mindestvoraussetzung: Die vorgesehene

Projektleitung hat mindestens 8 Jahre Berufserfahrung, Erfahrung mit Projektgrößen über 600 m² BGF

(Um- oder Erweiterung in Gesundheitsbauten oder Verwaltungsbauten) und hat mindestens eine Leitung eines Projektes über 2,0 Mio.

brutto (KG 300+400 gem. DIN 276) übernommen.

Bei mehr als 3 geeigneten Wirtschaftsteilnehmern (gleiche Gesamtpunktzahl) entscheidet die erreichte Punktzahl der Referenzen, Personal, Umsatz, Qualitätssicherung in vorgenannter Reihenfolge. Wertungsmatrix:

max. erreichbare Punktzahl für Referenzen: 500

max. erreichbare Punktzahl für Personal: 90

max. erreichbare Punktzahl für Umsatz: 100

max. erreichbare Punktzahl für Qualitätssich.: 80

max. erreichbare Punktzahl für Besondere Qualifikationen: 120

Maximal erreichbare Gesamtpunktzahl: 890

II.2.10. Information about variants

Variants will be accepted: no

II.2.11. Information about options

Options: no

II.2.13. Information about European Union funds

The procurement is related to a project and/or programme financed by European Union funds:
no

II.2.14. Additional information

Section III: Legal, economic, financial and technical information

III.1. Conditions for participation

III.1.1. Suitability to pursue the professional activity, including requirements relating to enrolment on professional or trade registers

List and brief description of conditions:

Teilnahmeberechtigt sind gem. § 75 VgV Bewerber*innen, die gemäß Rechtsvorschriften ihres Heimatstaates als freischaffende Architekten / Architektinnen und/oder Ingenieure / Ingenieurinnen bzw. Beratende Ingenieure / Ingenieurinnen tätig sind und die berechtigt sind, diese Berufsbezeichnung zu tragen oder in der Bundesrepublik Deutschland in diesem Beruf tätig zu werden. Ist in dem jeweiligen Heimatstaat die Bezeichnung gesetzlich nicht geregelt, so erfüllt die fachliche Anforderung, wer über ein Diplom, Prüfzeugnis oder sonstigen Befähigungsnachweis verfügt, deren Anerkennung nach der Richtlinie 2005/36/EG gewährleistet ist und berechtigt ist, in der Bundesrepublik Deutschland als Architekt*in, Ingenieur*in, Beratende*r Ingenieur*in tätig zu werden. Juristische Personen sind als Auftragnehmer zugelassen, wenn sie für die Durchführung der Aufgabe einen verantwortlichen Berufsangehörige*n nach § 43, Absatz 1 VgV benennen. Die geforderten Angaben in III.1.1) bis III.1.3) gemäß § 45 und 46 VgV sind in einem Bewerberbogen zum Verhandlungsverfahren gemäß § 29 VgV zusammengefasst. Die im Folgenden aufgezählten zusätzlichen Eigenerklärungen/ Nachweise sind als Anlagen in jener numerischen Reihenfolge abzugeben, welche im Bewerberbogen unter Punkt 5 aufgelistet ist.

(1) Nachweis der Berufshaftpflichtversicherung, bzw. Eigenerklärung über die Anpassung der Deckungssummen im Auftragsfall

(2) Verpflichtungserklärung der Nachunternehmer (u.a. bei Eignungsleihe)

(3) Kosten-, und Terminmanagement, formalisiertes Berichtswesen, etc.

- (4) Nachweis über die Berechtigung zur Führung der Berufsbezeichnung " Ingenieur*in, Beratende*r Ingenieur*in " gemäß § 44 VgV für den Projektverantwortlichen des Ingenieurbüros, der die Leistung tatsächlich erbringen soll
- (5) max. 2 DIN A 4 (1x DIN A3) je Referenzprojekt, bei mehreren Anlagen sind diese zu nummerieren.
- (6) Besondere Qualifikationen der Mitarbeiter im sich bewerbenden Unternehmen, gem. Anlage 6 des Bewerberbogens,
- (7) Eigenerklärung Formular Art. 5k Abs. 1 Verordnung (EU) Nr. 833-2014_N, Nachweise sind beizufügen.

III.1.2. Economic and financial standing

List and brief description of selection criteria:

1. Gesamtumsatz des Unternehmens in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren sowie Umsatz des Unternehmens, soweit er Leistungen betrifft, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind unter Einschluss des Anteils bei gemeinsam mit anderen Unternehmen ausgeführten Leistungen. Die Umsatzzahlen sollen belegen, dass der Bieter wirtschaftlich zur Ausführung des Auftrags in der Lage sein wird.
2. Vorliegen einer aktuell gültigen Haftpflichtversicherung oder einer vergleichbaren marktüblichen Versicherung mit einer Haftpflichtdeckungshöhe von mindestens 3 Mio. Euro für Personenschäden und 5 Mio. Euro für Sach- und Vermögensschäden pro Versicherungsjahr und Schadensfall oder Bestätigung des Bieters, sollte er über keinen entsprechenden Versicherungsschutz verfügen, im Auftragsfall eine entsprechende Versicherung mit ausreichender Deckungssumme abzuschließen und Vorlage eines entsprechenden Nachweises vor Erteilung des Zuschlags.

Minimum level(s) of standards possibly required:

Bestehen einer Betriebshaftpflichtversicherung mit den oben angegebenen Deckungssummen.

III.1.3. Technical and professional ability

List and brief description of selection criteria:

- Nachweis entsprechender Dienstleistungen, vergleichbare Projekte (Zeitraum der Leistungserbringung innerhalb der letzten 8 Jahre, Neubau oder Umbau ambulante/ stationäre Rehaeinrichtung, Pflegeeinrichtung, Gebäude mit Bezug zum Gesundheitswesen oder vergleichbare Gebäude gem. § 75 Abs. 5 VgV, Pflichtprojekt 1 mit min. 1,25 Mio. brutto Baukosten KG 300 + 400, optional, zusätzlich einzureichende Projekte 2 und 3 mit min. 1,0 Mio. brutto)
- Angaben zur Projektleitung, die im Zusammenhang mit der Leistungserbringung eingesetzt werden sollen.

Minimum level(s) of standards possibly required:

1. Referenzprojekt 1 mit mind. 1,25 Mio. brutto Baukosten KG 300+400 DIN 276, gem. § 75 Abs. 5 VgV. Es sind Referenzprojekte zulässig, deren Planungs- oder Beratungsanforderungen mit denen der zu vergebenden Planungs- oder Beratungsleistung vergleichbar sind. Für die Vergleichbarkeit der Referenzobjekte ist es in der Regel unerheblich, ob der Bewerber bereits Objekte derselben Nutzungsart geplant oder realisiert hat.
2. Die vorgesehene Projektleitung hat mindestens 8 Jahre Berufserfahrung, Erfahrung mit Projektgrößen über 600 m² BGF (Neubau, Umbau- Erweiterung in Gesundheitsbauten oder Verwaltungsbauten) und hat mindestens eine Leitung eines Projektes über 2,00 Mio. brutto (KG 300 + 400 gem. DIN 276) übernommen.

III.2. Conditions related to the contract

III.2.1. Information about a particular profession

Execution of the service is reserved to a particular profession Reference to the relevant law, regulation or administrative provision:

- "Ingenieur*in, Beratende*r Ingenieur*in" gemäß Unterabschnitt § 75 VgV
- Juristische Personen sind als Auftragnehmer zugelassen, wenn sie für die Durchführung der Aufgabe eine*n verantwortliche*n Berufsangehörige*n nach § 75 Absatz 3 VgV benennen.

III.2.3. Information about staff responsible for the performance of the contract

Obligation to indicate the names and professional qualifications of the staff assigned to performing the contract

Section IV: Procedure

IV.1. Description

IV.1.1. Type of procedure

Competitive procedure with negotiation

IV.1.3. Information about a framework agreement or a dynamic purchasing system

IV.1.4. Information about reduction of the number of solutions or tenders during negotiation or dialogue

Recourse to staged procedure to gradually reduce the number of solutions to be discussed or tenders to be negotiated

IV.1.5. Information about negotiation

The contracting authority reserves the right to award the contract on the basis of the initial tenders without conducting negotiations

IV.1.8. Information about the Government Procurement Agreement (GPA)

The procurement is covered by the Government Procurement Agreement: no

IV.2. Administrative information

IV.2.2. Time limit for receipt of tenders or requests to participate

Date: 02/05/2023 Local time: 10:00

IV.2.3. Estimated date of dispatch of invitations to tender or to participate to selected candidates

IV.2.4. Languages in which tenders or requests to participate may be submitted

German

IV.2.6. Minimum time frame during which the tenderer must maintain the tender

Duration in months: 1 (from the date stated for receipt of tender)

Section VI: Complementary information

VI.1. Information about recurrence

This is a recurrent procurement: no

VI.3. Additional information

1. Um Fragestellungen zu den Vergabeunterlagen wird gebeten bis 6 Tage vor Teilnahmefrist, spätestens bis zum 25.04.2023 - 12:00 Uhr. Fragen werden ausschließlich über DTVP

angenommen. Fragen per E-Mail, Fax oder Telefon werden nicht beantwortet. Zur Teilnahme an der Kommunikation ist eine kostenlose Registrierung erforderlich.

2. Haben sich im Bewerbungsverfahren nicht mind. 3 Bieter qualifiziert, wird eine geringere Anzahl an Bietern zugelassen.

3. Die Vergabestelle weist darauf hin, dass Unterlagen, die das Angebotsverfahren betreffen, lediglich Entwurfsfassungen darstellen. Die Änderung der Unterlagen bleibt vorbehalten. Mit der Aufforderung zur Angebotsabgabe werden ggf. finale Fassungen übermittelt.

Mehrfachbewerbungen eines Unternehmens als Einzelbewerber*in sowie als Mitglied einer /mehrerer Bewerber*innengemeinschaften sind nicht zulässig. Ein Austausch von Mitgliedern einer Bewerber*innengemeinschaft nach Aufforderung zur Angebotsabgabe bedarf der Zustimmung des Auftraggebers, die grundsätzlich nur bei gleichwertiger Eignung erteilt wird. Entsprechendes gilt für einen Austausch von vorgesehenen Nachunternehmern / Nachunternehmerinnen, auf die sich ein Bewerber*in/eine Bewerber*innengemeinschaft im Teilnahmeantrag zum Nachweis seiner/ihrer Eignung im Auftragsfall berufen hat.

Bekanntmachungs-ID: CXP4YHH6L1H

VI.4. Procedures for review

VI.4.1. Review body

Official name: Vergabekammern des Bundes

Postal address: Villemombler Straße 76

Town: Bonn

Postal code: 53123

Country: Germany

E-mail: vk@bundeskartellamt.de-mail.de

Telephone: +49 02289499-0

Fax: +49 02289499-163

VI.4.3. Review procedure

Precise information on deadline(s) for review procedures:

Ein Unternehmen, das ein Interesse am Auftrag hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Abs. 6 GWB durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht, kann ein Nachprüfungsverfahren gemäß §160 ff. GWB bei der unter VI.4.1) genannten Stelle einleiten.

Der Antrag ist unzulässig, soweit:

1. der/die Antragsteller*in den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber der Auftraggeberin nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 GWB bleibt unberührt,
2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber der Auftraggeberin gerügt werden,
3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Die o. a. Fristen gelten nicht, wenn die Auftraggeberin gemäß § 135 Absatz 1 Nr. 2 GWB den Auftrag ohne vorherige Veröffentlichung einer Bekanntmachung im Amtsblatt der Europäischen Union vergeben hat, ohne dass dies aufgrund Gesetzes gestattet ist.

Setzt sich ein*e Auftraggeber*in über die Unwirksamkeit eines geschlossenen Vertrages hinweg, indem er/sie die Informations- und Wartepflicht missachtet (§ 134 GWB) oder ohne vorherige Veröffentlichung einer Bekanntmachung im Amtsblatt der Europäischen Union vergeben hat, ohne dass dies aufgrund Gesetzesgestattet ist, kann die Unwirksamkeit nur festgestellt werden, wenn sie im Nachprüfungsverfahren innerhalb von 30 Kalendertagen nach der Information der betroffenen Bieter*innen und Bewerber*innen durch den/die öffentliche*n Auftraggeber*in über den Abschluss des Vertrags, jedoch nicht später als sechs Monatenach Vertragsschluss geltend gemacht worden ist. Hat der/die Auftraggeber*in die Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union bekannt gemacht, endet die Frist 30 Kalendertage nach Veröffentlichung der Bekanntmachung der Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union (§ 135 GWB).

VI.5. Date of dispatch of this notice

29/03/2023